

C.H. Beck Familienrecht

# Vermögensauseinandersetzung bei Trennung und Scheidung

von  
Dr. Werner Schulz, Jörn Hauß

6. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:  
[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 66360 4

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

# beck-shop.de

Schulz/Hauß

Vermögensauseinandersetzung  
bei Trennung und Scheidung

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Vermögensauseinandersetzung bei Trennung und Scheidung

von

**Dr. Werner Schulz**

Leitender Richter  
am Familiengericht München a. D.

und

**Jörn Hauß**

Rechtsanwalt und  
Fachanwalt für Familienrecht

6. völlig neubearbeitete Auflage 2015



C.H. BECK

# beck-shop.de

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 978 3 406 66360 4

© 2015 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH  
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza  
Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Scheiden tut weh! Otto Haußleiter, der dieses Werk vor über 20 Jahren begründet und bei dieser Auflage die „Gütergemeinschaft“ noch mitgestaltet hat, zieht sich als aktiver Autor zurück. Früher hätte man geschrieben, er reicht die „Feder“, heute wohl besser die „Tastatur“ an Jörn Hauß weiter. Scheiden schmerzt sicherlich weniger, wenn man Bleibendes in guter Ordnung hinterlässt. Otto Haußleiter hat etwas Bleibendes geschaffen, das wir in seinem Sinne fortführen wollen.

Schwerpunkt des Buches bleibt wie bisher das umfangreiche alphabetische Verzeichnis zur „Vermögensbewertung“. Einzelne Vermögenspositionen wie „Abfindungen“ und „freiberufliche Praxen“ haben wir aufgrund der neuen Rechtsprechung des BGH aktualisiert und erweitert. Die Ausführungen zur „Lebensversicherung“ wurden um Wahl- und Bezugsrechte, Kreditfinanzierungen und Ausbildungsversicherungen ergänzt. Das Aktienoptionsrecht wurde an einem Beispielsfall erläutert.

Die häufig vorkommenden Immobilienzuwendungen unter Vorbehalt eines Wohnrechts haben wir neu dargestellt und kommentiert. Es wäre schön, wenn die Praktiker bei der Bewertung der Grundstücksbelastung unserem Vorschlag und nicht der Rechtsprechung des Familiensenats folgten. Der „gleitende Vermögenserwerb“, der nunmehr nach BGH zusätzlich zu ermitteln ist, ist verhältnismäßig gering und steht in umgekehrtem Verhältnis zu den erheblichen Verständnisschwierigkeiten und hohen Gutachterkosten.

Die höchstrichterliche Rechtsprechung zu ehebezogenen Zuwendungen, zu Rückforderungsansprüchen der Schwiegereltern und den Auswirkungen auf den Zugewinnausgleich haben wir systematisch gestaltet und damit für die Praxis einen hoffentlich sicheren Leitfaden geschaffen. Das Kapitel „Steuerrecht“ haben wir grundlegend überarbeitet und eine Änderung der Bewertung latenter Steuern beim Zugewinnausgleich vorgeschlagen.

Völlig neu sind im Anhang des Buches die Tabellen mit ausführlichen Beispielen zur Pflegewahrscheinlichkeit und den Risikofaktoren, zu Abzinsungszinssätzen, zum Vorversterbensrisiko, zur Berechnung verschiedener Barwerte und zur Abfindung von Unterhaltsansprüchen.

Auch in Zukunft soll das Buch, nunmehr „Schulz/Hauß“ genannt, dem Praktiker ein verlässlicher Leitfaden für die aktuellen Probleme der Vermögensauseinandersetzung sein. Als Referenten für die Aus- und Fortbildung von Fachanwälten für Familienrecht haben wir viele wertvolle Anregungen erfahren, die wir in das Buch aufnehmen konnten, sodass ein Werk „aus der Praxis für die Praxis“ entstand. Wir würden uns sehr freuen, wenn Anwälte und Familienrichter auch dieses Mal darin finden, was sie suchen.

München/Duisburg im Oktober 2014

Dr. Werner Schulz

Jörn Hauß

**beck-shop.de**

## Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Literaturverzeichnis .....	XXVII
1. Kapitel. Zugewinnausgleich .....	1
2. Kapitel. Gütergemeinschaft .....	201
3. Kapitel. Gütertrennung .....	241
4. Kapitel. Wahl-Zugewinngemeinschaft .....	245
5. Kapitel. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände .....	247
6. Kapitel. „Sonstige Familiensachen“ nach § 266 I Nr. 3 FamFG .....	307
7. Kapitel. Steuern in der Vermögensauseinandersetzung .....	443
8. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung mit Schwiegereltern .....	463
9. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung zwischen eingetragenen Lebenspartnern .....	489
10. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft .....	493
11. Kapitel. Andere Formen des gemeinschaftlichen Lebens und Wirtschaftens	517
12. Kapitel. Gewaltschutzgesetz .....	519
13. Kapitel. Anhang und Tabellen .....	537
Sachverzeichnis .....	559

**beck-shop.de**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Literaturverzeichnis . . . . .	XXVII

### 1. Kapitel. Zugewinnausgleich

#### 1. Abschnitt. Einführung

A. Gesetzlicher Güterstand . . . . .	1
B. Grundsätze der Zugewinngemeinschaft . . . . .	2
C. Ermittlung des Ausgleichsanspruchs . . . . .	3
D. Stichtagsprinzip . . . . .	3

#### 2. Abschnitt. Zugewinn, Anfangs- und Endvermögen

A. Zugewinn (§ 1373 BGB) . . . . .	5
B. Begriff des Anfangs- und Endvermögens . . . . .	5
C. Anfangsvermögen (§ 1374 BGB) . . . . .	6
I. Begriff des Anfangsvermögens (§ 1374 I 1 BGB) . . . . .	6
II. Negatives Anfangsvermögen (§ 1374 III BGB) . . . . .	7
III. Erhöhung des Anfangsvermögens durch privilegierten Erwerb (§ 1374 II BGB) . . . . .	7
1. Erwerb von Todes wegen . . . . .	8
2. Erwerb mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht . . . . .	8
3. Schenkung und Ausstattung . . . . .	9
4. Einkünfte . . . . .	9
5. Analoge Anwendung des § 1374 II BGB? . . . . .	11
6. Verrechnung des privilegierten Erwerbs mit negativem Anfangsvermögen . . . . .	12
7. Nachgiebiges Recht . . . . .	12
IV. Hochrechnung des Anfangsvermögens (Indexierung) . . . . .	12
1. Indexierung des Aktivvermögens . . . . .	12
2. Indexierung des negativen Anfangsvermögens . . . . .	13
V. Hochrechnung des privilegierten Erwerbs (§ 1374 II BGB) . . . . .	14
1. Indexierung des Aktivvermögens . . . . .	14
2. Indexierung eines negativen privilegierten Erwerbs (§ 1374 II BGB) . . . . .	14
VI. Verzeichnis des Anfangsvermögens (§ 1377 BGB) . . . . .	15
1. Darlegungs- und Beweislast für das Anfangsvermögen . . . . .	15
D. Endvermögen (§ 1375 BGB) . . . . .	16
I. Begriff des Endvermögens (§ 1375 I 1 BGB) . . . . .	16
II. Negatives Endvermögen (§ 1375 I 2 BGB) . . . . .	16
III. Stichtag für die Berechnung und die Höhe des Endvermögens (§ 1384) . . . . .	18
1. Grundregel . . . . .	18
2. Stichtag nach langem Ruhen des Scheidungsverfahrens . . . . .	18
3. Stichtag bei fehlender Zustimmung des Scheidungsantrags . . . . .	19
4. Stichtag bei Rücknahme des Scheidungsantrags . . . . .	19
IV. Illoyale Vermögensminderungen (§ 1375 II BGB) . . . . .	19
1. Die drei Tatbestände des § 1375 II 1 BGB . . . . .	20
a) Unentgeltliche Zuwendungen . . . . .	20

	Seite
b) Verschwendungen . . . . .	21
c) Absichtliche Vermögensbenachteiligung . . . . .	21
V. Keine Hinzurechnung zum Endvermögen . . . . .	22
VI. Beweislast für Endvermögen (§ 1375 I BGB) und illoyalen Vermögensminderungen (§ 1375 II BGB) . . . . .	22
1. Endvermögen (§ 1375 I BGB) . . . . .	22
2. Illoyale Vermögensminderungen (§ 1375 II BGB) . . . . .	23
VII. Keine Doppelberücksichtigung von Vermögenspositionen beim Zugewinn und Unterhalt . . . . .	24
<b>3. Abschnitt. Wertermittlung des Anfangs- und Endvermögens (§ 1376 BGB)</b>	
A. Grundsätze der Vermögensbewertung . . . . .	25
B. Wertbegriffe und Methoden der Wertermittlung . . . . .	27
C. Vermögensbewertung: Aufgaben des Anwalts . . . . .	36
I. Ermittlung des Vermögenswerts . . . . .	36
II. Selbständiges Beweisverfahren . . . . .	37
III. Wertkorrektur bei zeitnaher Verwertung zum Stichtag? . . . . .	38
IV. Überprüfung der Sachverständigengutachten . . . . .	38
<b>4. Abschnitt. Bewertung des Vermögens</b> . . . . .	39
A. Bewertung „ausgewählter“ Vermögensgegenstände . . . . .	39
▶ Abfindungen . . . . .	39
I. Frühere Rechtsprechung . . . . .	39
II. Nunmehrige Rechtsprechung . . . . .	40
1. Regelfall: unterhaltsrechtlicher Ausgleich . . . . .	40
2. Ausnahme: güterrechtlicher Ausgleich . . . . .	40
3. Kein Wahlrecht . . . . .	41
4. Zeitliche Aufteilung . . . . .	41
▶ Freiberufliche Praxis . . . . .	46
I. Substanzwert . . . . .	46
II. Goodwill . . . . .	47
III. Abzug eines individuellen Unternehmerlohns . . . . .	47
IV. Abzug latenter Ertragsteuern . . . . .	49
V. Gesamtwert . . . . .	49
▶ Grundstücke . . . . .	49
I. Vergleichswert . . . . .	50
II. Sachwert . . . . .	50
1. Bodenwert . . . . .	50
2. Bauwert . . . . .	50
III. Ertragswert . . . . .	51
IV. Bestimmung des Verkehrswerts . . . . .	52
V. Ausnahmen vom strengen Stichtagsprinzip . . . . .	53
VI. Belastungen . . . . .	53
VII. Abzug einer latenten Steuer . . . . .	54
▶ Grundstücksübertragung mit Rückfallklausel . . . . .	54
I. Rückfall bei Verkauf des Grundstücks . . . . .	54
II. Rückfall bei Scheidung . . . . .	55
1. Endvermögen von M . . . . .	55
2. Anfangsvermögen von M . . . . .	56
3. Zugewinnbilanz von M . . . . .	57
4. Rückfallklausel und vorzeitiger Zugewinnausgleich . . . . .	58

▶ Lebensversicherungen . . . . .	58
I. Abgrenzung: Zugewinnausgleich – Versorgungsausgleich . . . . .	58
II. Wahlrecht zwischen einer Kapital- und einer Rentenzahlung . . . . .	59
III. Gemischte Kapitallebensversicherung . . . . .	60
IV. Kapitallebensversicherung mit gespaltenem Bezugsrecht . . . . .	60
V. Bewertung einer Kapitallebensversicherung . . . . .	61
VI. Lebensversicherung und Kreditfinanzierung . . . . .	63
VII. Lebens- und Ausbildungsversicherung zugunsten Dritter . . . . .	63
1. Unechte Fremdversicherung . . . . .	63
2. Echte Fremdversicherung . . . . .	63
VIII. Sterbegeldversicherung . . . . .	64
▶ Leibgedinge . . . . .	64
I. Die frühere Rechtsprechung des BGH . . . . .	64
II. Die nunmehrige Rechtsprechung des BGH . . . . .	65
III. Bewertung eines Leibgedinges . . . . .	65
1. Wohnrecht . . . . .	65
2. Geldzahlungen . . . . .	65
3. Sach- und Pflegeleistungen . . . . .	65
4. Bewertung der Sach- und Pflegeleistungen „in Geld“ . . . . .	66
5. Umwandlung von „Kost, Wartung und Pflege“ in Geldleistungen . . . . .	66
6. Bestimmung der Pflegewahrscheinlichkeit . . . . .	67
▶ Leibrente . . . . .	67
I. Leibrente als Zahlungsverpflichtung . . . . .	67
1. Die frühere Rechtsprechung des BGH seit 1990 . . . . .	67
2. Die neue Entscheidung des BGH zur Leibrente . . . . .	67
3. Kapitalisierung einer Leibrente . . . . .	68
II. Leibrente als Zahlungsanspruch . . . . .	70
▶ Nießbrauch . . . . .	70
I. Nießbrauch als Grundstücksbelastung . . . . .	70
II. Nießbrauch als Aktivwert . . . . .	70
III. Vereinbarung einer Leibrente statt Unterhalt . . . . .	71
▶ Wohnrecht . . . . .	77
I. Wohnrecht als Aktivwert . . . . .	77
II. Wohnrecht als Grundstücksbelastung . . . . .	77
1. Die frühere Rechtsprechung . . . . .	77
2. Die nunmehrige Rechtsprechung des BGH . . . . .	78
3. Bewertung des Wohnrechts im Anfangs- und Endvermögen . . . . .	78
4. Der gleitende Vermögenserwerb . . . . .	83
5. Kritische Würdigung . . . . .	89
6. Anregung . . . . .	90
B. Bewertung weiterer Vermögensgegenstände . . . . .	91

## 5. Abschnitt. Der Ausgleichsanspruch (§ 1378 BGB)

A. Überblick . . . . .	138
B. Einzelheiten der Ausgleichsforderung . . . . .	139
I. Art und Höhe des Ausgleichs (§ 1378 I BGB) . . . . .	139
II. Höhe der Ausgleichsforderung (§ 1378 II 1 BGB) . . . . .	139
1. Voller Ausgleich in Höhe des vorhandenen Vermögens . . . . .	139
2. Erhöhung der Ausgleichsgrenze bei illoyalen Vermögensminderungen (§ 1378 II 2 BGB) . . . . .	140
3. Neuer Stichtag für die Höhe der Ausgleichsforderung . . . . .	141
III. Entstehung der Ausgleichsforderung (§ 1378 III 1 BGB) . . . . .	142

	Seite
IV. Verzinsung . . . . .	143
V. Vereinbarungen über den Ausgleich des Zugewinns . . . . .	144
1. Vereinbarungen vor und während des Scheidungsverfahrens . . . . .	144
2. Inhaltskontrolle eines Ehevertrags . . . . .	145
VI. Sicherung der künftigen Ausgleichsforderung durch Arrest . . . . .	149
VII. Verjährung . . . . .	150
VIII. Teilantrag und Nachforderung . . . . .	151
<b>6. Abschnitt. Anspruch auf Auskunft und Wertangaben (§ 1379 BGB)</b>	
A. Neuregelung des Auskunftsanspruchs . . . . .	152
B. Gegenstand der Auskunft . . . . .	153
I. Auskunft über das Vermögen zum Zeitpunkt der Trennung (§ 1379 I 1 Nr. 1, II BGB) . . . . .	153
II. Auskunft über das Anfangsvermögen (§ 1379 I 1 Nr. 2 BGB) . . . . .	154
III. Auskunft über das Endvermögen (§ 1379 I 1 Nr. 2 BGB) . . . . .	154
1. Auskunft über Aktiva und Passiva . . . . .	154
2. Allgemeiner Unterrichtsanspruch über das Vermögen schon während des ehelichen Zusammenlebens . . . . .	155
3. Auskunft über illoyale Vermögensminderungen . . . . .	155
4. Beweislast bei illoyalen Vermögensminderungen . . . . .	156
C. Inhalt und Form der Auskunft . . . . .	157
I. Vermögensverzeichnis . . . . .	157
II. Form der Auskunft . . . . .	158
III. Angabe wertbildender Faktoren . . . . .	158
IV. Vorlage von Belegen . . . . .	159
D. Anspruch auf Wertermittlung und Wertangaben . . . . .	160
E. Folgen einer nicht ordnungsgemäßen Auskunft . . . . .	162
I. Ergänzung der Auskunft . . . . .	163
II. Eidesstattliche Versicherung . . . . .	163
F. Verweigerung der Auskunft . . . . .	164
G. Antrag auf Auskunft . . . . .	165
I. Stufenantrag . . . . .	165
II. Form und Inhalt des Stufenantrags . . . . .	166
H. Vollstreckung . . . . .	167
I. Streitwert und Beschwer . . . . .	168
<b>7. Abschnitt. Anrechnung von Vorausempfängen (§ 1380 BGB)</b>	
A. Überblick . . . . .	170
B. Zuwendungen . . . . .	170
C. Anrechnungsklausel . . . . .	171
D. Durchführung der Anrechnung . . . . .	171
E. Hochrechnung der Zuwendung . . . . .	173
F. Zuwendungen aus dem Anfangsvermögen . . . . .	174
G. Überhöhte Zuwendung . . . . .	174
H. Gegenseitige Zuwendungen . . . . .	175
<b>8. Abschnitt. Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit (§ 1381 BGB)</b>	
A. Allgemeine Grundsätze . . . . .	175
B. Einzelne Fallgruppen . . . . .	177
<b>9. Abschnitt. Stundung einer Ausgleichsforderung (§ 1382 BGB)</b>	189

## 10. Abschnitt. Übertragung von Vermögensgegenständen (§ 1383 BGB)

A. Allgemeines . . . . .	191
B. Interessenabwägung . . . . .	191
I. Grobe Unbilligkeit für den ausgleichsberechtigten Ehegatten . . . . .	191
II. Zumutbarkeit für den Schuldner . . . . .	192
C. Gerichtliches Verfahren . . . . .	192
I. Antrag . . . . .	192
II. Zuständigkeit . . . . .	193
III. Entscheidung . . . . .	193
IV. Einstweilige Anordnungen . . . . .	193
D. Schutz vor Teilungsversteigerung . . . . .	194
E. Vermeidung der Spekulationssteuer . . . . .	194

## 11. Abschnitt. Vorzeitiger Zugewinnausgleich (§§ 1385, 1386 BGB)

A. Reform des vorzeitigen Zugewinnausgleichs . . . . .	194
B. Die vier Tatbestände des § 1385 BGB . . . . .	195
C. Vorzeitiger Zugewinnausgleich gemäß § 1386 BGB . . . . .	197
D. Inhalt und Form der Anträge auf vorzeitigen Zugewinnausgleich . . . . .	197
E. Verfahren . . . . .	198
F. Verfahrenswert . . . . .	199

## 12. Abschnitt. Ansprüche des Ausgleichsberechtigten gegen Dritte (§ 1390 BGB) . . . . . 199

## 2. Kapitel. Gütergemeinschaft

### 1. Abschnitt. Grundbegriffe und Grundregeln

A. Die einzelnen Vermögensmassen (§§ 1416ff BGB) . . . . .	201
I. Gesamtgut . . . . .	201
1. Rechtsnatur . . . . .	201
2. Umfang des Gesamtguts . . . . .	202
II. Sondergut . . . . .	203
III. Vorbehaltsgut . . . . .	203
B. Verwaltung des Gesamtguts . . . . .	204
I. Verwaltung durch einen Ehegatten . . . . .	204
II. Verwaltung durch beide Ehegatten . . . . .	205
C. Gesamtgutsverbindlichkeiten . . . . .	208
I. Überblick . . . . .	208
II. Haftung des Gesamtguts bei gemeinsamer Verwaltung . . . . .	208
III. Haftung des Gesamtguts bei Alleinverwaltung . . . . .	209
D. Ansprüche des Gesamtguts gegen die Eheleute . . . . .	210
I. Überblick . . . . .	210
II. Ansprüche des Gesamtguts bei Alleinverwaltung . . . . .	210
III. Ansprüche des Gesamtguts bei gemeinsamer Verwaltung . . . . .	211
IV. Fälligkeit und Abwicklung der Ansprüche . . . . .	212

### 2. Abschnitt. Beendigung der Gütergemeinschaft

A. Beendigung durch Ehevertrag . . . . .	213
B. Beendigung durch Aufhebungsklage . . . . .	213
C. Beendigung durch Scheidung . . . . .	213

### 3. Abschnitt. Die Liquidationsgemeinschaft

A. Überblick	214
B. Bestandsveränderungen	215
I. Vermögensmehrungen	215
II. Neue Verbindlichkeiten	216
III. Kosten und Lasten	216
C. Verwaltung des Gesamtguts	217
I. Gemeinsame Verwaltung	217
II. Mitwirkungspflichten	217
III. Verfügungsbefugnis	218

### 4. Abschnitt. Auseinandersetzung der Liquidationsgemeinschaft

A. Überblick	218
I. Vorrang einer privaten Vereinbarung	218
II. Die gesetzliche Regelung	219
III. Die Reihenfolge	220
B. Die einzelnen Schritte	220
I. Vermögensverzeichnis für das Gesamtgut mit Bewertungen (1. Schritt)	220
1. Das Vermögensverzeichnis	220
2. Der Stichtag	220
3. Bewertung des Gesamtguts	221
II. Tilgung der Gesamtgutsverbindlichkeiten (2. Schritt)	221
1. Einführung	221
2. Umfang der Verbindlichkeiten	222
3. Art der Tilgung	222
4. Ausnahme: Befreiende Schuldübernahme	222
5. Verwertung des Gesamtguts zur Schuldentilgung	223
III. Ausübung der Übernahmerechte (3. Schritt)	224
1. Überblick	224
2. Gegenständlicher Bereich Gütergemeinschaft	224
3. Ausübung des Übernahmerechts	225
4. Wertersatz	225
a) Höhe	225
b) Zahlung durch Verrechnung	226
IV. Ersatzansprüche für das Eingebraachte, Ererbte und Geschenke (4. Schritt)	227
1. Überblick	227
2. Ausübung des Anspruchs auf Wertersatz	227
3. Betroffene Gegenstände	227
4. Höhe der Wertersatzung	228
V. Herstellung der Teilungsreife (5. Schritt)	229
VI. Feststellung der Teilungsmasse und ihre Verteilung (6. Schritt)	230
VII. Ehwohnung und Haushaltsgegenstände (§§ 1568a, 1568b BGB)	232
VIII. Gütergemeinschaft und Störung der Geschäftsgrundlage	232

### 5. Abschnitt. Verfahrensrecht

A. Vermittlung durch den Rechtspfleger	233
B. Anspruch auf Mitwirkung und Auskunft	234
C. Teilungsversteigerung und Drittwiderspruchsklage	234
D. Übernahmeverfahren	234
E. Auseinandersetzungsverfahren	236
F. Gerichtliche Feststellung von Ansprüchen auf Wertersatz nach § 1478 I BGB	237

G. Ansprüche im Verbund	238
H. Streitwert	238
<b>6. Abschnitt. Auseinandersetzungsverfahren</b>	<b>239</b>

### 3. Kapitel. Gütertrennung

### 4. Kapitel. Wahl-Zugewinnngemeinschaft

### 5. Kapitel. Ehewohnung und Haushaltsgegenstände

#### 1. Abschnitt. Der Streit um die Ehewohnung

A. Aufhebung der Hausratsverordnung und Neuregelung im BGB	247
B. Vorläufige Wohnungsüberlassung in der Trennungszeit (§ 1361 b BGB)	247
I. Allgemeines	247
II. „Ehewohnung“	248
III. „Unbillige Härte“ (1361 b I 1, 2 BGB)	249
1. Gewalt und Bedrohung	249
2. Wohl von Kindern	250
3. Alkoholmissbrauch	251
4. Wechselseitiges Verhalten	251
5. Dingliche Rechte (§ 1361 b I 3 BGB)	252
6. Regelfall: Zuweisung der gesamten Wohnung (§ 1361 b II 1 BGB)	252
IV. Darlegungs- und Beweislast	252
1. Substantiierte Darlegung	252
2. Fehlende Scheidungsabsicht	253
3. Beweissicherung	253
4. Beweislast	254
5. Unwiderlegliche Überlassungsvermutung (§ 1361 b IV BGB)	254
V. Beteiligung des Vermieters	255
VI. Einstweilige Anordnung	255
VII. Anträge zur vorläufigen Wohnungsüberlassung (§ 1361 b I BGB)	255
VIII. Rechtskraft und Vollstreckung	256
IX. Zusätzliche Anordnungen zur vorläufigen Wohnungsüberlassung	257
1. Räumungsverpflichtung	257
2. Schutz- und Durchführungsanordnungen	258
3. Kündigungsverbot	258
4. Veräußerungsverbot	259
5. Verbot der Teilungsversteigerung	260
X. Anträge für Schutz- und Zusatzanordnungen	261
XI. Schutzanordnungen und Belästigungsverbote	261
1. Vollstreckung von Ge- und Verboten	261
2. Anfechtung der Zusatzanordnungen	261
C. Nutzungsvergütung (§ 1361 b III 2 BGB)	262
I. Grundsatz	262
II. Vorrang der Unterhaltsregelung	262
III. Nachrang der Nutzungsvergütung gemäß § 745 II BGB	263
IV. Zahlungsaufforderung	263
V. Vergütung nach Billigkeit	264
VI. Höhe der Vergütung	265
VII. Angemessene Überlegungszeit	265

	Seite
D. Verbotene Eigenmacht: der ausgesperrte Ehegatte	266
I. Anspruchsgrundlagen	266
II. Wiedereinräumung des Mitbesitzes	266
1. Die Ehegatten leben bereits getrennt in der Wohnung	266
2. Der ausgesperrte Ehegatte will sich nicht trennen	267
E. Endgültige Überlassung der Ehewohnung (§ 1568a BGB)	268
I. Allgemeines	268
II. Anspruch auf Überlassung der Ehewohnung (§ 1568a I BGB)	268
III. Änderung des bestehenden Mietverhältnisses (§ 1568a III BGB)	269
1. Allgemeines	269
2. Änderung des Mietvertrags durch Mitteilung an den Vermieter (Abs. 3 Nr. 1)	269
a) Überlassung der Wohnung bei Einigung der Eheleute	269
b) Form und Zeitpunkt der Mitteilung	270
c) Inhalt der Mitteilung	270
d) Mitwirkung des Ehepartners an der Änderung des Mietverhältnisses	271
3. Mietvertragsänderung durch Entscheidung des Familiengerichts (Abs. 3 Nr. 2)	272
4. Anträge auf gerichtliche Überlassung der Ehewohnung	272
a) Beide Ehegatten sind Mieter	272
b) Der Antragsgegner ist Alleinmieter	272
c) Die Antragstellerin ist Alleinmieter	273
5. Schutz- und Zusatzanordnungen	273
a) Allgemeine Anordnungen	273
b) Kündigungsverbot	273
c) Ausgleichszahlungen zugunsten des ausziehenden Ehegatten	274
6. Inhalt des Mietvertrags (§ 1568a III Nr. 1 und 2 BGB)	275
IV. Rechte des Vermieters	275
1. Beteiligung des Vermieters	275
2. Sonderkündigungsrecht des Vermieters (§ 1568a III 2 BGB)	275
3. Keine Sicherungsanordnungen zugunsten des Vermieters	276
V. Wohnung im Alleineigentum eines Ehegatten (§ 1568a II BGB)	277
VI. Wohnung im Miteigentum der Eheleute	277
VII. Dienstwohnung (§ 1568a IV BGB)	278
VIII. Begründung eines Mietverhältnisses (§ 1568a V BGB)	279
1. Allgemeines	279
2. Zweck eines Mietverhältnisses	279
3. Neuer Mietvertrag und Höhe der Miete	280
4. Befristung des Mietverhältnisses	280
5. Antrag auf Überlassung der Ehewohnung bei Miteigentum	281
IX. Jahresfrist (§ 1568a VI BGB)	282

## 2. Abschnitt. Verteilung der Haushaltsgegenstände

A. Aufhebung der Hausratsverordnung und Neuregelung im BGB	282
B. Haushaltsgegenstände	282
I. Der Begriff „Haushaltsgegenstand“	282
II. Kraftfahrzeuge	283
III. Eingebaute Einrichtungsgegenstände	285
IV. Hunde und andere Haustiere	286
V. Vorräte an Nahrungs- und Genussmitteln	287
VI. Rechte an Haushaltsgegenständen	287
VII. Keine Haushaltsgegenstände	287
VIII. Herausgabe persönlicher Sachen eines Kindes	288
C. Vorläufige Verteilung der Haushaltsgegenstände (§ 1361a BGB)	288

I.	Herausgabeanspruch des Alleineigentümers (§ 1361 a I 1 BGB) . . . . .	289
II.	Verpflichtung zur Gebrauchsüberlassung bei Alleineigentum (§ 1361 a I 2 BGB) . . . . .	289
III.	Verteilung der gemeinsamen Haushaltsgegenstände (§ 1361 a II BGB) . . . . .	290
IV.	Zusammenfassung . . . . .	291
V.	Benutzungsvergütung (§ 1361 a III 2 BGB) . . . . .	292
D.	Recht auf Auskunft . . . . .	292
E.	Die eigenmächtige Hausratsteilung . . . . .	292
F.	Ausblick . . . . .	293
G.	Endgültige Verteilung der Haushaltsgegenstände (§ 1568 b BGB) . . . . .	294
I.	Überlassungs- und Übereignungsanspruch (§ 1568 b I BGB) . . . . .	294
1.	Gemeinsames Eigentum . . . . .	295
2.	Miteigentumsvermutung (§ 1568 b II BGB) . . . . .	295
3.	Überlassung nach „Billigkeit“ (§ 1568 b I BGB) . . . . .	297
4.	Antrag auf Zuteilung von Haushaltsgegenständen . . . . .	298
II.	Ausgleichszahlung (§ 1568 b III BGB) . . . . .	298
III.	Keine Antragsfrist . . . . .	299
IV.	Verweigerung der Abholung . . . . .	299

### 3. Abschnitt. Das Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen

I.	Zuständigkeit . . . . .	300
II.	Antrag (§ 203 FamFG) . . . . .	300
III.	Schutz- und Zusatzanordnungen (§ 209 I FamFG) . . . . .	301
IV.	Selbständiges Verfahren – Verbundverfahren . . . . .	301
V.	Amtsermittlung und Beweislast . . . . .	301
VI.	Wirksamkeit und Vollstreckung . . . . .	302
VII.	Abänderung der Entscheidung . . . . .	302
VIII.	Beteiligte (§ 204 FamFG) . . . . .	303
IX.	Einstweilige Anordnung . . . . .	303
X.	Rechtsmittel . . . . .	304
XI.	Verfahrenswerte . . . . .	304

### 4. Abschnitt. Zuweisung von Ehewohnung und Haushaltsgegenständen bei ausländischen Staatsangehörigen . . . . . 304

### 5. Abschnitt. Ehestörung durch Mitnahme des neuen Partners in die Wohnung . . . . . 305

## 6. Kapitel. „Sonstige Familiensachen“ nach § 266 I Nr. 3 FamFG

### 1. Abschnitt. Auseinandersetzung von Miteigentum

A.	Allgemeine Regeln für die Auflösung von Miteigentum . . . . .	307
I.	Überblick . . . . .	307
II.	Teilung in Natur . . . . .	308
1.	In Betracht kommende Gegenstände . . . . .	308
2.	Art und Weise der Teilung . . . . .	308
III.	Teilung durch Verkauf . . . . .	309
B.	Die Nutzung des in Miteigentum stehenden Familienwohnheims . . . . .	310
I.	Probleme beim Scheitern der Ehe . . . . .	310
II.	Lösungsmöglichkeiten . . . . .	310
C.	Die Teilungsversteigerung des in Miteigentum stehenden Familienwohnheims . . . . .	312
I.	Überblick . . . . .	312
II.	Erforderliche Vorarbeiten . . . . .	313
III.	Beginn des Versteigerungsverfahrens . . . . .	314

	Seite
IV. Der Beitritt	315
V. Rechtsbehelfe	315
1. Erinnerung und sofortige Beschwerde	315
2. Einstweilige Einstellung	316
a) Schutz der Interessen des Antragsgegners nach § 180 II ZVG	316
b) Schutz der Interessen gemeinsamer Kinder nach § 180 III ZVG	317
3. Einstweilige Einstellung nach § 765 a ZPO	317
4. Drittwiderspruchsklage	318
a) Verfügungsbeschränkungen nach § 1365 BGB bei Zugewinnngemeinschaft	318
b) Pflicht zur Rücksichtnahme gemäß § 1353 BGB	321
c) Unzulässige Rechtsausübung nach § 242 BGB	321
d) Verstoß gegen Ausschluss des Auseinandersetzungsrechts nach § 749 II BGB	321
e) Gerichtliche Zuständigkeit und Streitwert	322
VI. Sonstige Schutzmaßnahmen	322
1. Wertfestsetzung	322
2. Versagung des Zuschlags	323
a) Zuschlagsversagung nach § 74 a ZVG	323
b) Zuschlagsversagung nach § 85 a ZVG	323
3. Sicherheitsleistungen	323
VII. Die Gebote	324
1. Ausgebot	324
2. Geringstes Gebot	324
3. Bargebot	325
VIII. Der Versteigerungstermin	326
IX. Der Zuschlag	327
X. Die Aufteilung des Erlöses	328
XI. Sonderfälle	330
1. Der Ersteher zahlt nicht	330
2. Nicht oder nicht voll valutierte Grundpfandrechte im geringsten Gebot Teilungsversteigerung	331

## 2. Abschnitt. Ausgleich gemeinsamer Schulden

A. Wirksamkeit der Mithaftung	333
I. Echte Mitschuldnerschaft	333
II. Krasse finanzielle Überforderung	334
III. Beweislast für krasse finanzielle Überforderung	335
IV. Maßgebender Zeitpunkt für die finanzielle Überforderung	335
V. Berücksichtigung künftiger Leistungsfähigkeit	335
VI. Keine Sittenwidrigkeit bei unmittelbar eigenem Vorteil	336
VII. Weitere Fälle der Sittenwidrigkeit	336
B. Rechtliche Grundlagen für den Innenausgleich bei Gesamtschulden	337
I. Gesetzliche Regel und anderweitige Bestimmung (§ 426 I BGB)	337
II. Darlegungs- und Beweislast für anderweitige Bestimmung	337
III. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 426 II BGB)	338
C. Ausgleich für während des ehelichen Zusammenlebens getilgte Schulden	338
I. Grundregel	338
II. Ausnahmefälle	340
D. Ausgleich für Schuldtilgungen nach Scheitern der Ehe	340
I. Grundregel	340
II. Ausnahme: „Anderweitige Bestimmung“ nach Scheitern der Ehe	341
1. Verbindlichkeiten im ausschließlichen Interesse eines Ehegatten	342

2. Alleiniges Wohnen im gemeinsamen Haus	342
3. Konsumkredite	343
4. Pkw-Kredit	344
5. Mietschulden	344
III. Gesamtschuld und Unterhalt	345
1. Gesamtschuld als Abzugsposten bei der Unterhaltsberechnung	345
2. Kein Restausgleich nach Abzug der Gesamtschuld	345
3. Unterhalt wird zunächst nicht geltend gemacht	346
IV. Gesamtschuld und Zugewinnausgleich	347
1. Rangfolge	347
2. Bereits getilgte Gesamtschuld	348
3. Verzicht auf Gesamtschuldnerausgleich	349
V. Keine Doppelberücksichtigung von Schulden	350
E. Stichtag für den Ausgleichsanspruch	351
F. Freistellungsanspruch nach § 426 I BGB	352
I. Anspruch auf Mitwirkung	352
II. Wahlrecht des Schuldners und Einschränkungen des Anspruchs	353
III. Anträge	353
IV. Vollstreckung des Freistellungsanspruches	354
G. Gerichtliche Zuständigkeit	354

### 3. Abschnitt. Rückgewähr von Zuwendungen

A. Schenkung oder ehebezogene Zuwendung	355
I. Die „Konstruktion“ einer ehebezogenen (unbenannten) Zuwendung	355
II. Bezeichnung als „unbenannte“ oder „ehebezogene“ Zuwendung	356
III. Definition der „ehebezogenen Zuwendung“	356
IV. Definition der Schenkung	356
V. Schwiegerelterliche Zuwendungen	357
VI. Regelfall: ehebezogene Zuwendung	357
VII. Beispiele für ehebezogene Zuwendungen	358
VIII. Form des Versprechens einer ehebezogenen Zuwendung	359
IX. Unzutreffende Bezeichnung als „Schenkungs“	359
B. Abgrenzung ehebezogene Zuwendung – Ehegatteninnengesellschaft	360
C. Abgrenzung ehebezogene Zuwendung – Bruchteilsgemeinschaft	360
D. Rückgewähr einer ehebezogenen Zuwendung	361
I. Anspruchsgrundlage	361
II. Rückgewähr bei Zugewinnsgemeinschaft	361
III. Rückgewähr bei Gütertrennung	363
IV. Ausnahmefälle	364
V. Rückübertragung eines ausgebauten Grundstücks	365
VI. Stichtag für die Rückgewähr	366
VII. Höhe der Rückgewähr	367
VIII. Darlegungs- und Beweislast	368
1. Allgemein	368
2. Rückgewähr in Natur	369
IX. Verjährung des Rückgewähranspruchs	369
X. Verwirkung	370
XI. Verfahrensrecht	370
XII. Bedeutung der ehebezogenen Zuwendung in der anwaltlichen und familiengerichtlichen Praxis	370
E. Rückforderung von Schenkungen	372
I. Schenkung als Ausnahmefall	372

	Seite
II. Widerruf einer Schenkung . . . . .	372
III. Schenkungswiderruf und Zugewinnausgleich . . . . .	373
<b>4. Abschnitt. Ausgleich für die Mitarbeit eines Ehegatten</b>	
A. Ehegatteninnengesellschaft . . . . .	374
I. Die Entwicklung der Ehegatteninnengesellschaft in der Rechtsprechung . . . . .	374
II. Die Rechtsprechung des BGH zur Ehegatteninnengesellschaft . . . . .	374
III. Voraussetzungen einer Ehegatteninnengesellschaft . . . . .	375
1. Abschluss eines Gesellschaftsvertrags . . . . .	375
a) Schriftlicher Arbeitsvertrag . . . . .	375
b) Ehegatteninnengesellschaft: durch „schlüssiges Verhalten“ . . . . .	376
2. Abgrenzung Außen- und Innengesellschaft . . . . .	377
3. Abgrenzung zur ehebezogenen Zuwendung . . . . .	378
IV. Zeitpunkt der Entstehung des Ausgleichsanspruchs (Stichtag) . . . . .	379
V. Art und Höhe des Ausgleichsanspruchs . . . . .	379
1. Anspruch auf Geldzahlung . . . . .	379
2. Umfang und Bewertung des Vermögens . . . . .	380
3. Beteiligungsquote . . . . .	381
4. Beteiligung am Verlust . . . . .	382
VI. Darlegungs- und Beweislast . . . . .	382
VII. Antrag auf Rechnungslegung und Zahlung . . . . .	383
VIII. Bedeutung des Güterstands . . . . .	384
1. Gütertrennung . . . . .	384
2. Zugewinngemeinschaft . . . . .	384
a) Kein Vorrang des güterrechtlichen Ausgleichs . . . . .	384
3. Gütergemeinschaft . . . . .	386
IX. Verfahrensrecht . . . . .	386
X. Verjährung . . . . .	386
B. Einfache Mitarbeit: familienrechtlicher Kooperationsvertrag . . . . .	387
I. Die Entwicklung eines familienrechtlichen Vertrags eigener Art . . . . .	387
II. Voraussetzungen eines familienrechtlichen Kooperationsvertrags . . . . .	388
III. Bedeutung des Güterstands . . . . .	389
1. Ausgleich bei Zugewinngemeinschaft . . . . .	389
2. Ausgleich bei Gütertrennung . . . . .	389
IV. Grund und Höhe des Ausgleichsanspruchs . . . . .	390
V. Maßgeblicher Stichtag . . . . .	391
VI. Verjährung . . . . .	391
<b>5. Abschnitt. Ausgleich für voreheliche Zuwendungen</b>	
A. Gleichstellung ehelicher und vorehelicher Zuwendungen . . . . .	391
B. Rückgewähr wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage . . . . .	392
I. Ausgleichsanspruch bei gesetzlichem Güterstand . . . . .	394
1. Vorrangig durchzuführender Zugewinnausgleich . . . . .	394
2. Bemessung des Rückgewähranspruchs . . . . .	395
3. Berechnung des ergänzenden Ausgleichsanspruchs (nach BGH) . . . . .	395
4. „Vereinfachte Berechnungsmethode“ . . . . .	395
II. Ausgleich bei Gütertrennung . . . . .	397
C. Ausgleich für „echte“ Schenkungen vor Eheschließung . . . . .	397
D. Ausgleich für Arbeitsleistungen . . . . .	397
E. Ausgleich für Zuwendungen bei Scheitern des Verlöbnisses . . . . .	398

## 6. Abschnitt. Streit um Bankkonten, Sparbücher, Bausparkonten und Wertpapiere

A. Allgemeines	399
B. Einzelkonto	399
I. Berechtigung am Einzelkonto	399
1. Der Konteninhaber ist alleiniger Gläubiger	399
2. Ausnahme: Teilhabe am Kontoguthaben des anderen Ehegatten	400
3. Bruchteilsgemeinschaft und ehebezogene Zuwendung	402
4. Zusammenfassende Grundsätze	402
II. Ausgleichsansprüche wegen unberechtigter Kontoabhebungen	403
1. Reichweite der Vollmacht	403
2. Abhebungen während des Zusammenlebens	404
a) Regelfall	404
b) Ausnahmefälle	405
3. Abhebungen nach Trennung	406
a) Regelfall	406
b) Ausnahmefälle	406
4. Schadensersatz- und Herausgabeansprüche	407
5. Beweislast	407
C. Gemeinschaftskonto	409
I. Form des Gemeinschaftskontos	409
II. Abhebungen während des Zusammenlebens	409
1. Gesetzliche Regel: hälftiger Ausgleich	409
2. Ausnahme von der gesetzlichen Regel: kein Ausgleich bei intakter Ehe	409
3. Ausgleich bei Missbrauch des Vertrauensverhältnisses	410
III. Abhebungen nach der Trennung	411
IV. Beweislast	412
D. Errichtung eines Sparbuchs auf den Namen eines Kindes	413
E. Streit bei Bausparverträgen	414
F. Aufteilung von Wertpapieren	414
I. Grundsätze	414
II. Feststellung des Eigentümers	415

## 7. Abschnitt. Kapitalabfindung von Unterhaltsansprüchen

A. Überblick	417
B. Berechnung der Laufzeit	418
C. Berechnung des Barwerts	421
D. Zusätzliche unterhaltsrechtliche Faktoren	422
E. Keine Abänderungsmöglichkeit	424

## 8. Abschnitt. Weitere Ansprüche

A. Schadensersatzansprüche	425
I. Überblick	425
II. Ermäßigter Haftungsmaßstab	425
III. Pflicht zur Rücksichtnahme	426
IV. Einzelfälle von Schadensersatzansprüchen	427
V. Kein Schadensersatz bei Beendigung der Mitarbeit	433
VI. Beweislast	433
B. Ansprüche aus Vermögensverwaltung	433
I. Ersatz für fehlendes Vermögen	433
II. Auskunft	435
C. Ansprüche aus Treuhandverhältnissen	436

	Seite
I. Überblick	436
II. Rückgabeansprüche	437
D. Haftung aus Bürgschaften	437
I. Haftung gegenüber der Bank	437
II. Ausgleichsansprüche	439
E. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	439
F. Schadenfreiheitsrabatt	441

## 7. Kapitel. Steuern in der Vermögenseinwanderung

A. Steuern in den Vermögensbilanzen des Zugewinns	443
I. Einkommensteuer	443
1. Fälligkeit und Entstehung	443
a) Steuerschulden	443
b) Steuernachzahlungen	443
c) Steuererstattungen	444
d) Steuervorauszahlungen	444
2. Keine zweifache Teilhabe bei Steuererstattungen	445
II. Kirchensteuer	446
III. Umsatzsteuer	446
B. Latente Ertragsteuer	446
I. Latente Ertragsteuer bei Grundstücken	448
1. Abzug einer fiktiven „Spekulationssteuer“ am Stichtag	448
2. Steueranfall bei Veräußerung des Grundstücks vor dem Stichtag	450
3. Vorschlag für eine sachgerechte Bewertung der Steuerlast	450
II. Latente Steuern bei Lebensversicherungen	452
III. Latente Steuerlast bei Wertpapieren	452
IV. „Latente Last“ bei vermögenswirksamen Leistungen	453
V. Konsequenzen für die anwaltliche Tätigkeit	453
C. Keine Steuerlast für den empfangenen Zugewinnausgleich	453
D. Unbenannte Zuwendungen und Steuern	454
E. Gütergemeinschaft und Steuern	454
F. Gemeinsame Veranlagung	454
G. Zustimmung zum Realsplitting	455
H. Aufteilung von Steuerschulden	456
I. Während des ehelichen Zusammenlebens entstandene Steuerschulden	456
II. Nach Scheitern der ehelichen Lebensgemeinschaft entstandene Steuerschulden	457
1. Gesetzliche Grundregel	457
2. Ausnahme von der gesetzlichen Grundregel	457
a) Ausgleich nach fiktiver getrennter Veranlagung	458
b) Aufteilung im Verhältnis der beiderseitigen Einkünfte	458
3. „Familienrechtliche Überlagerung“	458
4. Auswirkung des Ausgleichsanspruchs bei Zugewinnsgemeinschaft	460
III. Ausgleich von Verlusten	460
1. Teilhabe an der Steuerersparnis des Ehepartners	460
2. Nachteilsausgleich	460

## 8. Kapitel. Vermögenseinwanderung mit Schwiegereltern

### 1. Abschnitt. Rückforderung von Zuwendungen der Schwiegereltern

A. Die frühere Rechtsprechung des BGH	463
B. Die jetzige Rechtsprechung des BGH	464

I. „Echte“ Schenkung . . . . .	464
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage . . . . .	464
C. Entstehung des Rückgewähranspruchs . . . . .	464
D. Höhe des Rückgewähranspruchs . . . . .	465
E. Anspruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung . . . . .	466
F. Kein Anspruch der Eltern gegen ihr Kind . . . . .	467
G. Verjährung . . . . .	467
H. Zuständigkeit . . . . .	467

## 2. Abschnitt. Zugewinnausgleich zwischen den Eheleuten

A. Die frühere Rechtsprechung . . . . .	467
B. Die jetzige Rechtsprechung . . . . .	468
I. Schenkung im Anfangs- und Endvermögen . . . . .	468
II. Belastung mit dem Rückforderungsanspruch der Schwiegereltern . . . . .	468
III. Kritische Würdigung der Rechtsprechung des BGH . . . . .	470
IV. Auswirkungen des Rückforderungsanspruchs der Schwiegereltern auf den Zugewinnausgleich in besonderen Fällen . . . . .	471
1. Die Schwiegereltern sind verstorben . . . . .	471
2. Überweisungen der Eltern/Schwiegereltern an Kind/Schwiegerkind . . . . .	473
3. Kettenschenkungen oder Darlehen . . . . .	474
V. Ausgleich für Arbeitsleistungen . . . . .	475
1. Rechtliche Bewertung der Arbeitsleistungen . . . . .	476
2. Höhe des Ausgleichsanspruchs der Schwiegereltern . . . . .	476
3. Zugewinnausgleich zwischen Kind und Schwiegerkind bei Arbeitsleistungen . . . . .	477
VI. Zuwendung eines Grundstücks . . . . .	477
VII. Anspruch der Schwiegereltern . . . . .	478
1. Art der Rückgewähr . . . . .	478
2. Höhe der Ausgleichszahlung . . . . .	478
3. Berechnung des Anspruchs der Schwiegereltern . . . . .	479
4. Zugewinnausgleich zwischen den Eheleuten . . . . .	480
5. Anspruch der Schwiegereltern auf Rückgabe einer unentgeltlich überlassenen Wohnung . . . . .	481

## 3. Abschnitt. Ansprüche des Schwiegerkindes

A. Ansprüche des Schwiegerkindes für den Ausbau des Hauses der Schwiegereltern . . . . .	481
I. Nur ein Ehegatte zieht aus . . . . .	482
II. Beide Ehegatten ziehen aus . . . . .	482
III. Höhe des Anspruchs . . . . .	483
B. Eltern schenken das vom Schwiegerkind ausgebaute Haus ihrem Kind . . . . .	483
I. Ansprüche gegen die Schwiegereltern . . . . .	484
II. Ausgleich zwischen den Eheleuten . . . . .	484
III. Sachgerechtes Ergebnis . . . . .	485
C. Eltern schenken ihrem Kind das von diesem während der Ehe ausgebaute Haus . . . . .	485
D. Das Kind hat vor Eheschließung das Haus seiner Eltern ausgebaut . . . . .	486

## 9. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung zwischen eingetragenen Lebenspartnern

A. Überblick . . . . .	489
B. Das Vermögensrecht . . . . .	489
C. Verteilung der Haushaltsgegenstände und Wohnungszuweisung bei Getrenntleben . . . . .	490
D. Vermögensauseinandersetzung bei Aufhebung der Partnerschaft . . . . .	490

	Seite
E. Steuerrecht . . . . .	491
F. Gerichtliche Verfahren . . . . .	491

## 10. Kapitel. Vermögensauseinandersetzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

### 1. Abschnitt. Bestimmung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

A. Allgemein . . . . .	493
B. Definition . . . . .	493
C. Gleichbehandlung hetero- und homosexueller Lebensgemeinschaften . . . . .	494

### 2. Abschnitt. Vermögensausgleich bei Scheitern der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

A. Die frühere Rechtsprechung . . . . .	494
B. Die Rechtsprechung des Familiensenats beim BGH . . . . .	495
I. Kein Ausgleich für Ausgaben des „täglichen Lebens“ . . . . .	496
II. Ansprüche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) . . . . .	497
1. Gemeinschaftsbezogene Zuwendungen . . . . .	497
2. Arbeitsleistungen . . . . .	497
III. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung . . . . .	498
IV. Ansprüche aus Gesellschaftsrecht . . . . .	499
V. Rückforderung einer Schenkung . . . . .	499
VI. Grundsätze für den Ausgleich gemeinschaftsbezogener Zuwendungen und Arbeitsleistungen . . . . .	500
1. Anspruchsgrundlage . . . . .	500
2. Grund und Höhe des Ausgleichs . . . . .	501
3. Art der Rückgewähr . . . . .	503
VII. Zusammenfassung . . . . .	503

### 3. Abschnitt. Vermögensausgleich in Einzelfällen

A. Die gemeinsam genutzte Wohnung . . . . .	503
I. Nur ein Lebensgefährte ist Mieter . . . . .	503
1. Aufnahme des Partners in die Wohnung . . . . .	503
2. „Rauswurf“ des Lebensgefährten . . . . .	504
II. Beide Lebensgefährten sind Mieter . . . . .	504
1. Freistellungsanspruch . . . . .	504
2. Anspruch auf Mitwirkung bei der Kündigung . . . . .	504
III. Ein Partner ist Eigentümer der Wohnung . . . . .	505
IV. Wohnungszuweisung nach dem Gewaltschutzgesetz . . . . .	505
B. Haushaltsgegenstände . . . . .	505
I. Feststellung des Eigentümers . . . . .	505
II. Auseinandersetzung der Haushaltsgegenstände . . . . .	506
C. Der Streit um den Hund . . . . .	507
D. Kraftfahrzeuge . . . . .	507
E. Bankkonten . . . . .	508
I. Einzelkonto . . . . .	508
II. Gemeinschaftskonto . . . . .	509
F. Schuldenausgleich . . . . .	509
I. Einzelschulden . . . . .	509
II. Gesamtschulden . . . . .	510
III. Schuldtilgungen während des Zusammenlebens . . . . .	510
IV. Schuldtilgungen nach der Trennung . . . . .	511

G. Rückforderung eines Darlehens	513
I. Beweislast	513
II. Fälligkeit des Darlehens	513
H. Bürgschaften	514

**4. Abschnitt. Gerichtliche Zuständigkeit** . . . . . 515

**11. Kapitel. Andere Formen des gemeinschaftlichen Lebens und Wirtschaftens**

**12. Kapitel. Gewaltschutzgesetz**

**1. Abschnitt. Ziel des Gesetzes** . . . . . 519

**2. Abschnitt. Die gesetzlichen Regelungen**

A. Gerichtliche Schutzmaßnahmen (§ 1 GewSchG)	520
I. Verfahrensrechtliche Grundlage	520
II. Die einzelnen Tatbestände	520
1. Verletzung von Körper, Gesundheit oder Freiheit (§ 1 I 1 GewSchG)	520
2. Drohung mit Gewalt (§ 1 II 1 Nr. 1 GewSchG)	520
3. Eindringen in die Wohnung (§ 1 II 1 Nr. 2a GewSchG)	520
4. Unzumutbare Belästigungen (§ 1 II 1 Nr. 2b GewSchG)	520
a) Wiederholtes Nachstellen und Verfolgung unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln	520
b) Beweislast	521
III. Schutzanordnungen bei Gewalttaten nach § 1 I, II GewSchG	521
IV. Befristung (§ 1 I 2 GewSchG)	522
V. Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 1 I 3, II 2 GewSchG)	522
VI. Wiederholungsgefahr	522
VII. Verantwortlichkeit des Täters (§ 1 III GewSchG)	523
B. Überlassung einer gemeinsam genutzten Wohnung (§ 2 GewSchG)	523
I. Anspruchsgrundlage	523
II. Auf Dauer angelegter gemeinsamer Haushalt (§ 2 I GewSchG)	523
III. Regelung des Nutzungsverhältnisses (§ 2 II GewSchG)	524
IV. Befristung der Nutzungsdauer (§ 2 II GewSchG)	525
V. Ausschluss des Anspruchs (§ 2 III GewSchG)	525
1. Fehlende Wiederholungsgefahr (§ 2 III Nr. 1 GewSchG)	525
2. Schriftliches Verlangen (§ 2 III Nr. 2 GewSchG)	525
3. Schutzwürdige Belange des Täters (§ 2 III Nr. 3 GewSchG)	527
VI. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbote (§ 2 IV GewSchG)	527
VII. Nutzungsvergütung (§ 2 V GewSchG)	527
VIII. Widerrechtliche Drohungen (§ 2 VI GewSchG)	527
IX. Verhältnis von § 2 GewSchG zu § 1361b BGB	527
C. Geltungsbereich der Vorschriften (§ 3 GewSchG)	528
I. Gewalt gegen Kinder durch die Eltern	528
II. Gewalt gegen Kinder durch Dritte	528
III. Kinder als Täter	529
IV. Konkurrenz zu anderen Vorschriften	529
D. Strafbarkeit (§ 4 GewSchG)	529

**3. Abschnitt. Das gerichtliche Verfahren**

A. Zuständigkeit	530
------------------	-----

	Seite
B. Amtsermittlung und Feststellungslast . . . . .	530
C. Beteiligung des Jugendamts (§§ 212, 213 FamFG) . . . . .	531
D. Einstweilige Anordnung (§ 214 FamFG) . . . . .	531
E. Wirksamkeit und Vollstreckung (§ 216 FamFG) . . . . .	531
F. Anträge und Zusatzanordnungen (§ 215 FamFG) . . . . .	533
I. Maßnahmen nach § 1 GewSchG . . . . .	533
II. Wohnungszuweisung nach § 2 GewSchG . . . . .	533
1. Hauptantrag . . . . .	533
2. Schutz- und Unterlassungsmaßnahmen . . . . .	533
G. Verfahrenswerte . . . . .	535
<b>4. Abschnitt. Zusammenarbeit zum Schutz der Opfer . . . . .</b>	<b>535</b>
<b>13. Kapitel. Anhang und Tabellen</b>	
A. Sterbetafel . . . . .	537
B. Pflegewahrscheinlichkeit . . . . .	539
I. Pflegerisikofaktoren Frauen . . . . .	543
II. Pflegerisikofaktoren Männer . . . . .	544
C. Abzinsungzinssätze (BilMoG-Zins nach § 253 HGB) . . . . .	544
D. Vorversterbensrisiko . . . . .	545
E. Barwerttabelle zur Berechnung lebenslanger Verpflichtungen . . . . .	552
F. Barwerttabelle zur Berechnung einer künftigen Verbindlichkeit (Abzinsung) . . . . .	554
G. Barwerttabelle zeitlich befristete periodische Leistung . . . . .	555
H. Unterhaltsabfindungstabelle . . . . .	556
I. Verbraucherpreisindex (VPI) . . . . .	557
Sachverzeichnis . . . . .	559